

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Poincarés Regierungserklärung.

Fortsetzung der alten Politik.

Paris, 31. März. (RFB.) Die Erklärung des neuen Kabinetts, die heute vormittag in der Kammer von Poincaré und im Senat vom Justizminister Deschamps du Pres verlesen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Das Kabinett, das sich Ihnen vorstellt, ist zustande gekommen aus dem Geiste republikanischer Einigkeit und nationaler Eintracht heraus. Wie auch gestern in gewissen parlamentarischen Debatten die Stimmgabe der neuen Kabinettsmitglieder ausgefallen sein mag, (1) das Kabinett hat sich loyal um den Ministerpräsidenten zusammengeschlossen, um die Steuer-gesetze durchzuführen, die angenommen worden sind, um die von dem Lande verlangten Ersparnisse in die Wirklichkeit umzusetzen und um darüber hinaus das Werk der Wiederherstellung der Reparationen und des Friedens fortzusetzen, auf dessen Vollendung die beiden Parlamente sowie die Räte der Nationen und die beiden Kammern der französischen Republik sich verpflichtet haben. Keiner von den Männern, die sich zusammengeschlossen haben, braucht seine Meinung zu verleugnen. Aber in diesem Augenblick, wo wichtige auswärtige Fragen aufgeworfen werden, haben sie geglaubt, es sei geboten, alle Erwägungen zweiten Ranges der Regelung der inneren Probleme unterzuordnen, durch deren Lösung das Schicksal Frankreichs festgelegt werden wird. Sie haben beschlossen, vornehmlich die augenblickliche Politik fortzusetzen,

die die vorausgegangene Regierung betrieben hat und die Erklärungen zu bestätigen, die sie im Parlament abgegeben hat und die das Parlament bekräftigt. Die Legislaturperiode neigt ihrem Ende zu, und bald wird die Nation das Wort haben, sie haben indessen noch die Budgetzwänge für die Wiederaufbauausgaben anzunehmen; auf der Tagesordnung der beiden gesetzgebenden Versammlungen stehen außerdem eine Anzahl Fragen, die sie zweifellos zu diskutieren wünschen, bevor sie sich trennen, so die Reform des Gesetzes über die Umsatzsteuer und des Pensionsgesetzes. Die Regierung wird sich sofort zu Ihrer Verfügung halten, sie wird verlangen, daß keine Ausgaben gemacht werden, die nicht durch normale Einnahmen gedeckt sind.

Das Parlament hat in den letzten Wochen eine ungeheure finanzielle Sanierung durchgeführt und eine zum größten Teil künstliche Krise, die durch fremde Manöver in unangenehmer Weise unterhalten wurde, beschworen. Ein glückliches Ergebnis ist erreicht worden, das sich in einer Senkung der Lebensmittelpreise zeigt, was jedoch nur von Dauer sein kann, wenn die beiden Kammern in diesem und im folgenden Jahre den Entschluß unerschütterlich festhalten, das Budget auszugleichen, die Lasten des Fiskus zu vermindern und durch frugale Be-

schämtheit die nötige Amortisierung vorzubereiten. Bis wir regelmäßige Zahlungen von Deutschland erhalten, sind wir gezwungen, diese Maßnahmen vorzunehmen, um so rasch wie möglich den Wiederaufbau unseres zerstörten Gebietes durchzuführen. Wir würden, was es auch immer kosten würde, in unseren Finanzen nicht auch nur den Schein einer Inflation dulden. Die Zeit ist nicht mehr dazu angetan, daß ein Volk sich ruhig abschließen könnte, sein Budget aufstellen könnte, wie es wollte und sich nicht um die Kommentare seiner Nachbarn zu kümmern hätte. Heute gibt es keine Nation mehr, die nicht den neugierigen Blicken der anderen ausgesetzt wäre. Wenn wir Schuldner haben, so haben wir auch Gläubiger. Um Regelungen zu erzielen, legt uns diese Lage eine stärkere Reserve auf. Die gesunden Finanzen sind übrigens für einen Staat, wie er auch sein möge, eine unerlässliche Garantie für seine Unabhängigkeit. Wir müssen und wir wollen unsere Unabhängigkeit so erhalten, daß wir niemals wieder einem Heiligtum erliegen, wie dem, dessen Folgen wir erliegen sind und dessen Opfer wir hätten sein können. Es gibt keinen Republikaner, keinen guten Franzosen, der dem Kampf zu bleiben gedenkt vor dem gebieterischen Appell an seine patriotische Pflicht.

Millerand als Gouvernante.

Paris, 31. März. (RFB.) Der sozialistische Abgeordnete Léon Blum gibt im „Populaire“ einen Bericht wieder, für den eine Veröffentlichung bis jetzt nicht vorliegt. In der Kammer sei gestern nachmittag, und zwar von besonders zuverlässiger Seite, behauptet worden, Millerand hätte es abgelehnt, die Ernennungsbekretze zu unterzeichnen, solange ihm nicht die Erklärung des neuen Ministeriums Poincaré, die am Montag im Parlament verlesen werden soll, in großen Zügen vorläge. Der Präsident habe seine Unterschrift nicht eher geben wollen, bevor er nicht mit eigenen Augen sich davon überzeugt hätte, daß die Erklärung des Kabinetts Poincaré Nr. 2 keinerlei Abweichung von der Politik des Kabinetts Poincaré Nr. 1, wie diese in dem historischen Akt des „Rafin“ festgelegt wurde, erlänne ließe.

Das schlechte Gewissen.

Paris, 31. März. (RFB.) „L'Humanité“ glaubt zu wissen, daß der Arbeitsminister des zweiten Kabinetts Poincaré, Daniel Vincent, an den Vorstand der radikalen Partei einen Brief geschrieben hat, in dem er seinen Austritt erklärt, weil er seinen Ausschluß aus der Partei befürchtete.

Harding kann allerdings nicht antworten; er ist tot. Aber diese Geschichte aus Dolmarica muß nicht unbedingt ein Wahnsinn sein.

Wahltag in Altona.

Genosse Brauer zum Bürgermeister gewählt.

Altona, den 31. März 24. (Eigener Drahtbericht.) Als erster Bürgermeister von Altona wurde der Genosse Brauer, bisher Bürgermeister und Ratsmitglied von Altona, mit 13040 Stimmen gewählt. Zum technischen Senator wurde der frühere Stadtbaurat von Altona, Olesner, der von der Sozialdemokratie unterstützt wurde, mit 12240 Stimmen gegenüber dem bürgerlichen Senator von Altona, der 9951 Stimmen erhielt. Bei der Wahl wurden 5057 weiße Stimmzettel abgegeben, gemäß der Parole der Bürgerrechtler und Radikalen. Der Ausgang dieser Wahlen zeigt, daß die Sozialdemokratie in Altona noch immer die stärkste Partei ist, und nach wie vor ein starkes Übergewicht über die bürgerlichen Parteien hat.

Ein verfrühter Aprilscherz.

Der Genossenschaftsleiter Hans Krimm ist in Breslau verhaftet worden, als er einen Vortrag abhalten wollte. Die Verhaftung erfolgte auf Veranlassung des früheren Königs Friedrich August von Sachsen, den Krimm in einem populären Buch wirkungslos verurteilt hat. Anscheinend handelt es sich um eine gütliche Verhaftung, nachdem der frühere König offenbar eine einseitige Verfügung erwidert hat, die Krimm hindern soll, den „Genossenschaftsleiter“ weiter zu verurteilen.

Reichsteuerverteilungen an die Gemeinden

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, kommen aus Steuerüberweisungen des Reichs zur Verteilung:

a) Einkommensteuer (11. Et.-Abzug für März) auf jeden Rechnungsteil der Provinzen 28 (achtundzwanzig), der Landkreise 56 (sechshundsechzig), der Gemeinden 310 (dreihundertsechzig) Millionen;

b) für Dotationen 1230 000 (eine Million zweihundertdreißigtausend) Millionen Mark zur Verfügung.

Unter Zugrundelegung der ihr bekannten Schlüsselzahl vermag jede Gemeinde den ihr zulehrenden Betrag sich zu errechnen.

Pierpont Morgan ist in Paris eingetroffen; es scheint sich um Orientanfragen zu handeln, da der Großbankier mit den Vertretern Griechenlands verhandelt. Die Sachverständigen sollen vor der Vollendung ihres ungeheuer umfangreichen Berichts stehen.

Die südtirolische Regierung ist belagert durch Wiederbelebung des Kabinetts Beschlusses. Die kroatische Bauernpartei, deren erst jetzt erfolgter teilweiser Eintritt ins Parlament die Opposition zur Mehrheit macht, wird durch Verschleppung der Mandatsprüfung und Verweigerung des Stimmrechts vor der Anerkennung ihrer Mandate entzweit und so eine Regierungsmehrheit erkämpft.

Stresemanns Verteidigung.

Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Viele Spalten umfaßt die Rede, die Herr Dr. Stresemann vor seinem Parteitag gestern in Hannover zur Rechtfertigung seiner Politik gehalten hat. Der offizielle Bericht des Wollischen Telegraphenbureaus verzeichnet am Schluß „stürmischen, minutenlangen, immer wieder einsetzenden Beifall“. Zwar reihen sich nicht gerade Gedanken an Gedanken, aber doch wenigstens Worte an Worte und Bilder an Bilder. Die Presse-Berichterstatter schildern Stresemanns Rede als einen ungeheuren Erfolg. Er hat offenbar seinen Parteitag wieder einmal auf seine Seite gebracht und Herr Dr. Marek konnte vor diesem Forum gegenüber Stresemann, der die Sozialdemokratie „nicht ausgeschaltet wissen möchte“, nur kümmerlich einige Sätze stammeln. Er fand mit seinem Verlangen vor dieser Volksversammlung ganz offenkundig keinen Widerhall. Es bleibt nur von Bedeutung, zu registrieren, daß er erklärte, es sei besser, in der Volkspartei zu bleiben und in ihr für eine Rechtsentwicklung zu arbeiten.

Stresemann hat es dem armen Dr. Marek nicht leicht gemacht, ihn mit Worten zu übertrumpfen. Marek ist nicht „über seinem Reifer“. Im Reden ist kein Volksparteiler Herr Dr. Stresemann über. Er kennt sein Publikum, er weiß, was er an geistiger Kraft den Delegierten der Deutschen Volkspartei zumuten darf. Wozu schwer kann sie nicht sein, sonst wird sie von den Trägern deutscher Bildung nicht verstanden. Deswegen muß man an Stresemanns Reden auch wohl einen besonderen Maßstab legen. Er hat vor einer Masse sprechen wollen, der er die verschlungenen Pfade seiner eigenen Politik, die Wandlung vom Reitenpferde zum Reaktionspolitiker, vom Nationalisten zum Erfüllungsmann klarmachen mußte. Man kann kaum annehmen, daß Stresemann selber nicht innerlich über mehr als einen Satz gelächelt hat, den er dort in Hannover seinen Gläubigen aufstacheln mußte.

Was er zur Außenpolitik sagte, war nichts weiter als ein blumenreicher und gemundene Verteidigung der von der Sozialdemokratie von Anfang an geforderten Erfüllungspolitik. Dabei verfährt es wenig, daß die Verteidigung dieser von der Volkspartei früher so energisch bekämpften allein möglichen Politik mit manchen Redewendungen verziert und geschmückt wird. Die die Wähler gegen deutschnationale und deutschnationale Angriffe im Wahlkampf erleichtern sollen. Herr Stresemann ist hierin genügt, um zu wissen, daß er eine Wahlrede hält, die seiner Partei bei der Abwehr der Angriffe von rechts und links helfen soll. Schon deswegen muß er natürlich, wenn er von Außenpolitik spricht, sich in die nationale Heldendruck werfen. Überflüssig zu sagen, daß auch das bei ihm mit einem leichten Seitenblick auf die „patriotische“, „feministische“ usw. usw. verpackte Sozialdemokratie geschieht, die angeblich Erfüllungspolitik „aus Prinzip“ betreibt, während er, Stresemann, der große Erbe Bismarckscher Tradition, der Träger des schwarzweißen Reichsgedankens, solche Dinge natürlich „nur aus Klugheit“ betreibt. Für uns ist es wenigstens kein Fehler, wenn Herr Stresemann aus Klugheit mit seiner Volkspartei zu der Politik schließlich gekommen ist, die wir wiederbegehren, die nicht aus Bismarcks Schule stammen, „aus Prinzip“ von vornherein proklamiert haben. Wir wünschen nur, daß Stresemann seine Außenpolitik in diesem Sinne konsequent betreibt und daß er sich von den Schwankungen freimacht, die aus seinen allzu häufigen Verbeugungen vor seinen Rechtsgegnern innerhalb und außerhalb seiner Partei sich ergeben.

Innenpolitisch verteidigte er sein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie und ließ sich für die Zukunft alle Türen offen. Nicht so richtig wie der fraktionsvorsitzende Herr Dr. Scholz, der wirklich kein Ruhmesblitz für seine Partei ist, hätte er sich sehr davon zu sprechen, daß „die Sozialdemokratie überwunden“ sei oder daß man mit ihr nicht mehr regieren könne. Er hätte sich aber ebensoviele, offen von dem Versuch, eine rein bürgerliche Regierung zu bilden, ein für allemal abzurücken. Er verwirft das Bestreben, eine Diktatur zu bilden als „größten politischen Dilettantismus“, aber er redet auch in seinem Schlusswort von „der Politik einer künftigen bürgerlichen Regierung“, die keine andere sein könne als die seinige. Er behält also die Türen nach allen Seiten hin offen. Richtig ist es zu sehen, was Stresemann seinen Leuten als „Kampf gegen den Marxismus“ austischt, den er durch seine Arbeit in der Regierung geleistet haben will. Nachdem er und seine Partei jahrelang mit allen Mitteln, mit politischen und noch mehr mit wirtschaftlichen Mitteln, die Stabilisierung der Währung und Beseitigung der Inflation bekämpft haben, ist es eigentlich selbst vor dieser Versammlung der Deutschen Volkspartei in Hannover doch eine beträchtliche Leistung, folgenden Satz loszulassen:

„Die Schaffung einer wertbeständigen Währung ist die stärkste antimarxistische Tat, die seit der Revolution in Deutschland vor sich gegangen ist.“

Schon vorher deutete er an, daß er Frankreich eine Inflation nicht wünsche, da das den „gefährlichsten Marxismus“ zur Folge haben muß. Herr Dr. Stresemann könnte wirklich, ohne sich zu schaden, aus seinem Bücherregal noch einmal eine Sammlung der Marx'schen Werke herausnehmen und ein klein wenig seine Kenntnisse über Marxismus auffrischen. In dem Stil wird nun einmal vom deutschen Bürgertum Politik gemacht, und auf diesem Niveau bewegt sich die „geistige Befähigung“ der Sozialdemokratie. Auch diese Rede Stresemanns beweist nur wieder von neuem,

Tufars Arbeit in Berlin.

Paris, 30. März. (RFB.) Bei der Lehrerfeier für Tufar sagte Unterrichtsminister Bechgue, der im Namen der französischen Sozialdemokratie sprach, u. a.: Tufar war ein Held. Der Friedensheld unter den Völkern hat er die Arbeit seiner besten Jahre gewidmet. Wir waren tief ergriffen von den Worten aus den letzten Tagen seiner Berliner Tätigkeit, welche uns seine Gattin mitgeteilt hat. Die Witwe Tufars erzählte mir: „Wolfa war ein Meister der Selbstbeherrschung und gab nicht zu erkennen, was ihn drückte. Er sagte mit feinem Worte etwas über die Dokumentenoffäre, aber ich erkannte Instinktiv, daß irgend etwas Ungewöhnliches vorlag. Niemals hat er mit mir über politische Angelegenheiten seines Amtes oder seiner Regierung gesprochen und machte auch diesmal keine Ausnahme. Als ich sah, daß er litt, fragte ich ihn nach der Ursache, und er antwortete: Drei Jahre erarbeitete ich daran, die Krieges- und Nachkriegsspannung zwischen zwei benachbarten Völkern wegzuräumen, ich machte eine Politik ohne Intrigen, ehrlich und vollkommen offen. Das Werk gedieh, und jetzt werden uns solche Dokumente in den Weg werfen. Aufheben kann man Bücher in einer Stunde, und das Unglück ist für lange Jahre fertig.“

Polnische National-Kommunisten.

Breslau, 31. März. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem polnischen Bezirksgericht in Katowitz wird gegenwärtig gegen 42 Kommunisten verhandelt, die sich durch Aufforderung zum Generalkrieg gegen das polnische Reich verzogen haben sollen. Politisch bemerkenswert ist die Verteidigung dieser Kommunisten. Sie weisen nach, daß die kommunistische Partei Oberschlesiens nicht zur kommunistischen Internationale gehört hat und weisen ferner nach, daß die Partei während der Aufstandskämpfe im Dienste der national-polnischen Sache stand. Bekanntlich ist feinerzeit unsern Genossen häufig als Staatskommissar von den deutschen Vorkadetten immer wieder vorgeworfen worden, daß er in Oberschlesien die „Klassenbewegung des Proletariats“ unterdrückt habe. Jetzt erklären die Führer des damaligen angeblichen Klassenkampfes selber, daß sie nichts anderes wollten, als die Förderung des polnischen Nationalismus und Imperialismus zu sein, was von sozialdemokratischer Seite immer behauptet wurde. Angesichts ihrer Verleugnung der kommunistischen Internationalität werden die ober-schlesischen Kommunisten jetzt nicht mehr von den deutschen Kommunisten verteidigt, wie sich in einer jüngst-berühmten Versammlung herausstellte, die gestern in Breslau stattfand und in der den Kommunisten die beabsichtigte Sprengung trotz allen Lobens mißfiel.

Wie man Präsident wird.

Der Geldmensch liefert Wahlmänner.

Washington, 31. März. (Gca.) Aus den Aussagen des Zeugen Jennings geht unter anderem hervor, daß der Finanzmagnat Hamon eine Million Dollar zur Wahl des Präsidenten Harding aufwendet hat. Er besetzte unter anderem die Wahlmänner aus dem Bundesstaat Oklahoma; dies allein hat ihm 500 000 Dollar gekostet. Er hat ferner einige Hunderttausend Dollar unter den bedeutendsten Persönlichkeiten der Partei Harding verteilt. Für diese Aufwendungen soll ihm das Versprechen gegeben worden sein, daß er die noch im Staatsbesitz befindlichen begehren Güter seinen ausgeliefert bekommen wird.

nie unpolitisch der deutsche Bürger ist und welcher Schwierigkeiten und Mühen es bedarf, die einfachsten Selbstverständlichkeiten bei bürgerlichen Parteien zur Anerkennung zu bringen.

Ebenso interessant wie das, was Stresemann sagte, ist das, was er in Hannover versah wieg. Von dem Streit in der Volkspartei ist in seiner Rede kaum auch nur eine Andeutung zu spüren. Von der wirklichen sozialen Funktion, die die Volkspartei in den letzten vier Jahren ausübte, schweigt er vollständig. Der Mann, der sich rühmt, die Marktstabilisierung ermöglicht zu haben, kann natürlich nicht von den Einflüssen der Stinnes-Gruppe und der Schwerindustrie reden. Er kann auch nicht, so wie es Dr. Düringer neulich im Reichstag tat, den wirklichen Charakter der Lutherischen Steuerreform aufzeigen. Schon der Demokrat Dr. Gehler sagte vor einigen Tagen in Braunschweig vollständig zurecht, daß dem deutschen Volke sehr viel Unglück erspart geblieben wäre, wenn Stresemann mit demselben Pathos, mit dem er jetzt für manche Dinge eintritt, mit dem er seine erfüllungspolitische Haltung gegenüber dem Auslande heute verteidigt, vor Jahren gesprochen hätte. Daß der Kampf des Staates gegen die Wirtschaft fast ausschließlich ein Kampf innerhalb der Volkspartei gewesen ist und daß die Schwerindustriellen alles getan haben, jede Befugung im Innern zu verhindern, davon kann Herr Dr. Stresemann natürlich nicht reden. Er wird, wenn man es ihm vorhält, gewiß sagen, daß das kaum ein geeignetes Thema für die Wahlrede eines völksparteilichen Ministers ist.

Er kann unbeforgt sein: das werden andere nachholen!

Hammerstein und Zeigner.

Der „Kreuzzeitung“ zur Erinnerung.

Daß die deutschnationale Presse es nicht unterlassen würde, den traurigen Fall Zeigner zu Wahlzwecken auszunutzen, war vorauszusehen. Aber daß gerade die „Kreuzzeitung“ dabei die Führung übernommen hat, bleibt trotz alledem erstaunlich. Die „Kreuzzeitung“ versucht es so darzustellen, als ob ein Fall wie der Zeigners nur durch die Republik und den Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung möglich geworden sei. Sie vergißt alle Skandale, mit denen die Kaiserzeit gesegnet war, vom Gründerschwindel angefangen bis zu Bobbelski-Lippecki und den Sondenbanken, an den ganzen Dreck, der früher besonders von ihren antisemitischen Freunden aufgeführt wurde und der gelegentlich sogar Bismarck an die Kuratortafel ins Spiel brachte. Sie vergißt aber auch vor allem, daß in jener Kaiserzeit einmal einer der mächtigsten Männer Preußens wegen umfangreicher Betrugsereien zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wurde, und daß dieser Mann kein anderer als ihr eigener Chefredakteur, der konservative Reichstags- und Landtagsabgeordnete und Ministerkandidat Freiherr v. Hammerstein gewesen ist.

Koch kürzer freilich ist das Gedächtnis des Herrn Harnisch, der in der Scherzpresse verkündet, nur einer Partei wie der Sozialdemokratie könne es passieren, daß sie einen Psychopathen in führende Stellung berufe. Herr Harnisch war nämlich Presschef in der sogenannten Regierung des Herrn — Rapp.

Der Fall Zeigner muß selbstverständlich für jede Partei und vor allem für die unmittelbar betroffene, die Sozialdemokratie, eine Lehre sein, daß man bei der Auswahl führender Persönlichkeiten die größte Vorsicht walten lassen muß. Aber wenn die sächsischen Sozialdemokraten einem Mann, der sächsischer Richter und Staatsanwalt war, auch nicht einmal im Traum solche Dinge zutrauten, wie sie im Zeigner-Prozess — trotz aller Abstriche, die der Ankläger von seiner Anklage machen mußte — leider übrig geblieben sind, so hat am allerwenigsten die Presse Ursache, ihr Vorwürfe zu machen, die sonst gewohnt ist, um den gesamten Richterstand einen Heiligenschein zu weben.

Schülerelbstmord.

Von Paul Gutmann.

Pünktlich wie die ersten Stare oder die ersten Schneegedächten treffen in jedem Jahr um die Zeit vor der Osterferien in Deutschland die Nachrichten von Schülerelbstmorden ein. Daß ein junger Mensch aus Furcht, nicht in die höhere Klasse versetzt zu werden, sich lieber selbst in ein besseres Jenseits versetzt, ist eine so ständig wiederkehrende Tatsache, daß der Zeitungsfleher ihr kaum noch eine wiedergehende Beachtung schenkt. Dennoch ist sie die furchtbarste Anklage gegen eine Gesellschaft, der die Karriere höher steht als die Erziehung, das Rangabzeichen höher als der Mensch.

Ein hiebzehnjähriger Knabing wirft sich im Grunewald nachts unter einen Zug, weil er die Quälereien seines Vaters wegen einer nicht genügenden Jenur fürchtet; der einzige Sohn aus wohlhabendem Bürgerhaus macht aus dem gleichen Grund in Schönberg seinem Leben ein Ende. Ich sehe das Bild des getränkten Vaters, wie er in den meisten Fällen aussieht, vor mir. Er hätte nur bedauern mit der Akefel gequält, wenn der Sohn ihm erzählt, in welchem „Geist“ der Unterricht gehandhabt wird, wie alle reiferen, selbständigen Regungen des Schülers verhöhnt werden, die Autorität des Staates, dem er halbtot, durch Gehässigkeit untergraben, Recht und Ehrlichkeit geächtet wird. Aber sein Stolz ist im tiefsten Versteck, wenn sein Sohn nicht ähnlich gute Rollen nach Hause bringt wie der Sohn von Meier, in Firma Meier u. Co., oder wenn er gar das Ziel aller Rechtschaffenheit, die Versetzung in die höhere Klasse nicht erreicht. Der Mensch — eine Lappalie. Bildung des Charakters Nebensache. Was kümmert es ihn, ob die Besinnung seines Sohnes stündlich mit Anstalt bemorsen wird, dieselbe Besinnung, die aus der Helldenrust des Vaters in Bezirksversammlungen mit solchem sonoren Pathos zu dröhnen pflegt.

Ich sehe den Sohn vor mir, wie er in seiner hilflosen Knabenleise sich fragt, ob es in einer Welt zu leben lohnt, wo hinter den großen Worten die Leere gähnt, wo die Unterwürigkeit alles ist, die Person nichts. Ich sehe ihn vor mir, mit den Worten seiner Lieblingslehrer im Kopf, die für ihn helles Gefühl sind, aber für seine Lehrer bloßer Unterrichtsstoff, mit seiner Sehnsucht nach Menschlichkeit und der verweigerten Aufnahme in jene Welt, wo die Negierungsaufforen oder die Studienräte die Erlaubnis haben, die Presse aufzureißen oder wiederum ganze Gewissen zu knebeln. Ich sehe ihn nachts im dunklen Wald umherirren und Gott für ein verschlehtes Dasein um Vergebung bitten, statt dem Teufel seine Erzieher für ihre seelenlose Verblendung anzuschimpfen.

Arzte Wissenschaften, rufst der tüchtige Sachwalter erprobter Mittel, mögliche, frange Nutzenleiter, die dem vollen Wettbewerb um Rang und gesellschaftlichen Ansehen nicht gewachsen sind. Ankläger sind es gegen den verzerrten Bürgerdünkel, der den Menschen in Uni-

Die ganze Art, wie der Fall Zeigner von ihr behandelt wird, zeigt, daß es der rechtsstehenden Presse gar nicht darauf ankommt, die Reinheit des öffentlichen Lebens zu schützen, sondern daß sie mit diesem Fall nur schmutzige Wahlpropaganda zu treiben gedenkt.

Reichspräsident und Ausgesperrte.

Deutschnationale Wahlmasche.

In deutschnationalen Parteiblättern — unter anderem in der „Kreuzzeitung“ — wird die Behauptung aufgestellt, daß der Reichspräsident „für die Ausgesperrten in Kiel 500 Dollar gespendet“ habe. Das Bureau des Reichspräsidenten hat diese Meldung sofort dementieren lassen. Das gibt der seitdem bekannnten „Bergisch-Märkischen Zeitung“ und ihr folgend der „Kreuzzeitung“ Veranlassung, die Behauptung trotzdem aufrechtzuerhalten und sich zu dem Zwecke ausgerechnet auf den „Vorwärts“ zu beziehen, in dessen Morgenausgabe vom 15. März unter „Kinderhilfe der deutschen Arbeiterschaft“ zu lesen war: „Durch den Reichspräsidenten 500 Dollar“. Zu dieser demagogischen Wahlmasche schreibt uns der „Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt“:

Die in der „Kreuzzeitung“ vom 24. März d. J. bezeichnete Spende des Reichspräsidenten ist dem Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt bereits am 17. Januar d. J. zugegangen, also zu einer Zeit, als in Kiel der Streik noch nicht begonnen hatte. Diese Spende war außerdem für allgemeine Wohlfahrtszwecke bestimmt.

Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt hatte gemeinsam mit der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde in der Nummer des „Vorwärts“ vom 15. März d. J. über diese und andere Summen quittiert, die ihm für allgemeine Wohlstandsaktionen zugegangen waren. Er ist dabei mit wenigen Worten auf die Verwendung der Gelder eingegangen und hat nur als ein Beispiel für diese auf die von den Gewerkschaften, dem Auschuß für Arbeiterwohlfahrt und den Kinderfreunden in Kiel eingerichtete Speisung für Kinder der Ausgesperrten hingewiesen. Kein Menschenfreund wird erwarten, daß von allgemeinen Speisungen die Kinder Ausgesperrter grundsätzlich ausgeschlossen werden.

Für diese Speisung in Kiel werden die Mittel von den Arbeitern in der Hauptsache selbst aufgebracht. Der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt hat aus seinem allgemeinen Wohlstandsfonds nur einen Zuschuß dazu gegeben, der notwendig wurde, um diese Kinder nicht verhungern zu lassen. Damit ist in keiner Weise gesagt, daß der Reichspräsident die Kieler Arbeiterschaft in ihrem Streik unterstützt hätte.

Der Reichspräsident verteilt, wie auch durch den Deutschen Zentralauschuß für die Auslandshilfe festgesetzt werden kann, solche ihm für Wohlfahrtszwecke zur Verfügung gestellten Summen keineswegs einseitig im Interesse einer bestimmten Gruppe von Rülendenden, sondern vollkommen neutral, indem er sie allen Richtungen der Wohlfahrtspflege zuzuführen läßt, wie sie die Hauptzweckverbände repräsentieren, zu denen neben den drei konfessionellen Organisationen und dem Roten Kreuz auch der Hauptauschuß für Arbeiterwohlfahrt gehört.

Auch nach dieser sachlichen Aufklärung werden die reaktionären Schwärmer natürlich nicht aufhören, diese und andere Lügen gegen die Sozialdemokratie zu verbreiten, auch, oder gerade wenn dabei der Reichspräsident persönlich angegriffen werden kann. Doch der Reichspräsident, obwohl er Sozialdemokrat ist, die ihm zur Verfügung stehenden Wohlfahrtsmittel unparteiisch verteilt, liegt den Reaktionären besonders schwer. Sie möchten natürlich am liebsten, daß alle solche Mittel den Vätern mit den „gestülten Strohdächern“ zufließen.

Reichsarbeitsminister und Zwergrenten.

Amlich wird mitgeteilt:

Die Unfallrenten von 10 und 15 Proz. der Vollrente werden nach einem Besch vom August 1923 nicht aufgemerzt. Den Berechtigten konnte daher die Post nur einen Goldpfennig zahlen. Zur Befreiung dieses für die Verletzten und Zahlfellen schädlichen Zustandes hat der Reichsarbeitsminister, ungeachtet des Widerspruchs der berufsgenossenschaftlichen Verbände, auf Grund der gesetzlichen Ermächtigung die Auszahlung von Entschädigung zu regeln, am 1. März angeordnet, daß bei der Auszahlung die Zwergrenten auf 1 Goldmark aufgerundet werden. Dadurch erhält das Zahlungsgeschäft wieder einen wirtschaftlichen

Sinn, ohne daß damit die Zulagenberechtigung der Zwergrenten ausgedehnt ist. Dem neuen Reichstag wird ein Gesetzentwurf gegeben, der die Ablösung der kleinen Renten behandelt.

Wofür Geld da ist.

Die Thüringische Industrie will Reichswehr kaufen.

Aus Weimar wird uns geschrieben:

Der Vorsitzende des Verbandes der Mitteldeutschen Industrie Dr. Demmer hat nach Redungen der Thüringer Presse in einer Rede auf der Tagung dieses Verbandes am 9. März 1924 folgendes gesagt:

„Der Druck und die Not, unter denen das Land stand, schufen den Ordnungsbild, dessen glänzender Sieg bekannt ist. Die Mitteldeutsche Industrie brachte große Opfer, aber auch die Kollegen in den preussischen Nachbarländern, die den größten Dank verdienen. Im weiteren Verlauf seiner Ansprache dankte Dr. Demmer der Reichswehr für alles, was sie in Thüringen tat. Die Hoffnung ist vorhanden, daß Weimar in absehbarer Zeit Garnison erhält. Auch hier werden wieder Opfer von der Industrie gefordert werden, die aber im Interesse der Sache gebracht werden, genau wie für die kommenden Reichstagswahlen.“

In diesem Zusammenhang wird weiter die Meldung verbreitet, daß der Verband der Mitteldeutschen Industrie 25 000 Goldmark à fond perdu für die Ueberführung eines Bataillons Reichswehr aus Westfalen nach Weimar zur Verfügung gestellt, die Reichswehr die Ueberführung aber abgelehnt hat, weil die Ueberführung eines Bataillons aus Westfalen nach Weimar, wo bereits durch die Verlegung der Volkshochschule Weimar noch Sondershausen Raum geschaffen wird, 500 000 Goldmark kosten würde.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat im Zusammenhang mit diesen Meldungen folgende Anfragen an die thüringische Regierung gerichtet:

Wird nach den Informationen des thüringischen Staatsministers Weimar dauernd Reichswehrgarnison bekommen? Geht die Bereitstellung von Mitteln der thüringischen Industrie für die Reichswehr mit Einwilligung der thüringischen Landesregierung? Hält insbesondere der Finanzminister durch die besonderen Aufwendungen der thüringischen Industrie die Interessen des Reichs-Fiskus für unberührt?

Man darf neugierig sein, was die Ordnungsbildregierung, die angeblich Sparamkeit zu ihrem ersten Grundsatz gemacht hat, auf diese Fragen antworten wird. Auf alle Fälle ist das Verhalten der thüringischen Industrie wieder einmal ein Beispiel dafür, was von der Steuernot der Agrar- und Industriekapitalisten zu halten ist. Wenn es ihren Sonderinteressen gilt, haben sie allemal den Beutel voller Geld, ruft dagegen der Staat, dann sollen die anderen zahlen.

Verfälschtes deutsches Gut.

Die Repfo als Vanier.

Die Reparationskommission hat jüngst die Aktien der Petersburger Gesellschaft für elektrische Beleuchtung zum Einheitskurs von nur 25 Schweizer Frank verkauft, während der Kurs an der Züricher Börse zur Zeit des Verkaufs 50—55 Schweizer Frank betrug. Der Verkauf ist also nur zur Hälfte des Börsenpreises erfolgt und damit auch die Aufschrift zugunsten Deutschlands auf Reparationskonten außerordentlich geschmälert worden.

Der deutschen Regierung sieht bei der Bewertung der an die Reparationskommission ausgelieferten ausländischen Wertpapiere keinerlei Einspruchsrecht zu, wenn sich die Reparationskommission auch im allgemeinen von deutscher Seite beraten läßt. Im vorliegenden Falle hat man unter Hinweis auf die Borgänge bei der vorerwähnten Gesellschaft seit Jahresfrist dringend davon abgeraten, die Aktien zu veräußern. Die Veräußerung ist gleichwohl erfolgt. Auf den Hinweis wegen des ungünstigen Verkaufs hat die Reparationskommission erwidert, daß sie allein die Verantwortung für den Verkauf trage. Die deutsche Regierung war demnach nicht in der Lage, diese Art der Bewertung deutschen Eigentums zu verhindern.

formen und Amtsrachten steht und damit wähnt, daß dem Amt der Verband folgen werde. Ankläger gegen die charakterlose Drängelei, die sich Politik nennt, gegen die hohle Wortfertigkeit der Kirchen, gegen die Ungerechtigkeiten der Justiz, gegen den Mummienkult der Erzieher. Fürchtbare Ankläger gegen eine Welt, die als Lohn für langjähriges Strenumtum das Patent auf freche Ueberhebung zu verketen hat und als Rache für die eigene heilige Vertreibung neue Generationen von Ungläubigen mit schließlicher Vollst mariert, Kadaver auf dem steinigen Weg zum Wägen in der Karriere, dem ein Volk alles geopfert hat: Selbständigkeit des Denkens und Handlens, Würde, Ehrlichkeit, Mut und das Recht auf persönliche Lebensführung.

Fälschungen im Kampf gegen die Volksbühne.

In einem Teil der rechtsstehenden Presse geht die Hege gegen den Vorstand der Berliner Volksbühne weiter, weil er gewisse nationalistische Verbalhornungen von Kunstwerken in den für seine Mitglieder delegierten Theatern nicht einfach hinnahm und weil er den aus politischen Motiven verhängten Konflikt französischer Bühnenerwerke nicht respektieren will. Am vornehmsten gebärdet sich der „Tag“. Die Volksbühnenleitung teilte der Presse vor wenigen Tagen mit, daß sie ihren Vertreter im Verwaltungsrat des Bühnenerwerbs beauftragt habe, auf eine möglichst rasche Befreiung der gegen die französische Literatur verhängten Sperre hinzuwirken. Der „Tag“ fügt in diese Mitteilung bei ihrem Abschluß eigenmächtig zwei Worte ein, so daß man nun liest, der Vorstand der Volksbühne beantrage die Aufhebung der Sperre dem Bühnenerwerb durchgeführten Sperre „nationalistischer und abjzöner: französischer Bühnenerwerke“. Eine derartige Sperre gibt es natürlich gar nicht, und die Redaktion des „Tag“ weiß sicher auch ganz genau, daß die Volksbühne nicht eine Befreiung des Wohlstands wünscht, um etwa „abjzöne“ französische Werke aufzuführen zu können. Aber was mach's! Man fällt und verleumdet ruhig, wenn man nur einer Stelle, die sich nicht einfach in das Schlepptau nationalistic-völkischer Tendenzen nehmen läßt, eins anhängen kann!

Der Artikel des „Tag“, der die nette keine Gemeinheit enthält, streift auch sonst von falschen Behauptungen. Die Mitglieder der Volksbühne werden sich ja durch derartige Nachschärfen nicht beirren lassen. Aber sie mögen auf ihrer Hut sein, daß nicht eine Handvoll verbohrt und irreführender Personen durch allerlei weitere Verleumdungen und Stänkerelen die Arbeit der Volksbühne stört und der Rettung des Vereines Steine auf den Weg wirft!

Das Frauenstudium in England. Laut statistischen Angaben des Bildungsministeriums betragt der Prozentsatz der Studentinnen an den höheren Lehranstalten des Commonwealths 45. Einzelne Fachgruppen weisen folgende Prozentanteile weiblicher Studentinnen auf: pädagogische Lehranstalten 70 Proz., Medizin 53 Proz., Landwirtschaft 36 Proz., Volkswirtschaft 28 Proz., Technik 9 Proz., Kunst und Musik 50 Proz. An den Arbeiteruniversitäten in Petersburg betragt der Prozentsatz der studierenden Frauen 20,6, in der Prading 26.

Wie der Saft in den Bäumen aufsteigt. Man hat sich bisher vergebens bemüht, ausfindig zu machen, auf welche Weise das Aufsteigen des Saftes in den Pflanzen vor sich geht. Eine Erklärung dafür vom physikalischen Standpunkt aus wird jetzt nach den Forschungen von Prof. Stern in der „Umschau“ gegeben. Die Zuckräfte spielen in der Natur eine große Rolle. Früher glaubte man, daß die Pflanzenzellen selbst die Flüssigkeit in den Saftkanälen aufwärts befördern. Diese Anschauung ist aber falsch, wie sich durch das Einlaugen der Pflanzenzellen eines Eidenstammes in Weinsäure nachweisen ließ. Die Pflanzenzellen wurden dadurch abgetötet, die Auffaugung von Wasser fand aber trotzdem noch wie vor statt, so daß die Zellen nicht dabei beteiligt sein können. Auch die Annahme, daß der Saftaufstieg durch Verdunstung von Wasser in den Blättern und durch den atmosphärischen Druck auf die Wurzeln vor sich gehe, ist unrichtig. Der atmosphärische Druck kann Wasser höchstens 10 Meter hoch heben. Der Saftaufstieg findet aber auch bei Pflanzen von 70 bis 100 Meter Höhe in sehr schneller Weise statt. Welche Kräfte dabei tätig sind, läßt sich durch physikalische Versuche anschaulich machen. Bei diesem Versuch werden mit Wasser gefüllte Flaschen, die noch ein wenig Luft enthalten, zugeschlossen und erwärmt; dann verschwindet die Luftblase. Nun sollte man meinen, diese würde beim Abkühlen wieder erscheinen; aber das ist nicht der Fall. Man hat die Differenz zwischen Außen- und Innenraum gemessen und einen Unterschied von 30 Atmosphären festgestellt. Daraus ergibt sich die interessante Tatsache, daß es Flüssigkeiten mit negativem Druck gibt. Nun liegt es nahe, auch der Pflanze solche Kräfte zuzuschreiben und anzunehmen, daß ähnliche Vorgänge sich beim Aufsteigen der Wurzeln abspielen. Dabei ist auch der Oberflächendruck von Bedeutung, der verhindert, daß Luft durch die Poren der Saftkanäle eingesogen wird. Jedenfalls ist es möglich, trotz Reibung und sonstiger Widerstände Flüssigkeiten durch große Druckdifferenzen in Bewegung zu setzen, und damit läßt sich das Rätsel des Saftaufstieges in den Bäumen erklären.

Die Gesellschaft für Segelreform veranstaltet Donnerstag 8 Uhr in der Schulanstalt Friedrichstr. 123 einen Vortrag von Dr. Juliusburger über „Der Einfluß der Segelqualität auf die Jurechnungsabigkeit“.

Die Gemälde-Galerie Karl Kralak, Historische 26a, eröffnet am 1. April eine Ausstellung von Werken des Schweizer Malers Wilhelm Schmitz, welche außer figürlichen Kompositionen auch Landschaften und Stillleben aus der letzten Schaffensperiode des Künstlers zeigen wird.

Kunst im Film. Einen Film von Hermann Kunt wird man nächstkräftig nicht rekonstruieren können. Dazu verlor dieses Gelehrtenleben zu einem, es ist jedoch ein Unschick, daß der Deutsche Filmklub herausgegeben: Hermann Kunt und Künigberg zu seiner Zeit“. Der Vortrag kommt von Prof. Godefremder, Künigberg. Seltenes Bildnis von Künigberg und wertvolle Reliquien der Eidenfahrt des Philosophen begleiten ihn.

Die längste Zeitung der Welt. Teapot Dome, das Petroleumfeld in Wyoming, das der erste Anstoß zu dem großen Oelboom in Amerika geworden ist, hat durch eine 1400 englische Meilen lange Rohrleitung, die längste der Welt, mit Chicago in Verbindung. Die Zeitung geht über Land, aber flüßt, unter Landstragen und durch mehrere Städte hindurch.

